

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/188

Bonn, den 2. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Abstieg der C-Parteien</u> Korrumpierungsversuche als Prinzip?	40
2 - 3	<u>Was ist EINE politische Partei?</u> Den C-Parteien ins Stammbuch Von Walter Ramm	78
4	<u>SPD hat die meisten jungen Abgeordneten</u> Von Ernst Eichengrün, Bundessekretär der Jungsozialisten	30
5	<u>An der Spitze der Welt</u> Wohnungsbau in Schweden	45

### Abstieg der C-Parteien

#### Korrumpierungsversuche als Prinzip?

Die großzügigen Koalitionsangebote der C-Parteien an die Freien Demokraten rangieren unter dem Motto: "Darf's auch etwas mehr sein?" Das Ponny, von dem der Bundeskanzler herablassend gesprochen hat, soll einen Zügel erhalten, der so lang sein darf, wie das Ponny es will.

Dies ist, als ob die Freien Demokraten ihre Erfahrungen mit den C-Parteien erst noch zu machen hätten.

Vor Tische hörte man es anders. Die Herren der C-Parteien wollten "erst über die Sache reden". Sie wollten die "gefährlichen Traumkänzereien" der Freien Demokraten verhindern. Nun geht es darum gar nicht mehr. Die Prinzipien der Hallstein-Doktrin werden kurzerhand über Bord geworfen. Wir sind gespannt auf die Angriffe des "Bayern-Kurier" gegen diese Prinzipiosigkeit ihres Herausgebers. Die Zehn-Prozent-Hürde in Bayern wird kurzerhand weggeräumt. Ist das nicht wirklich menschenfreundlich?

Wenn die Freien Demokraten noch ein wenig warten, dann können sie sicher damit rechnen, daß die C-Parteien ihnen den Bundeskanzler anbieten, denn praktisch sollen sie nach den Angeboten von Kiesinger und Strauß jetzt schon die Richtlinien der Politik bestimmen. Hauptsache: Sie helfen den C-Parteien, an der Macht zu bleiben.

"Die lassen einen von uns in Ketten abführen", sagte schon vor der Wahl der gegenwärtige Bundespressechef Diehl. Es scheint soweit zu sein. Wie wäre es, wenn Strauß oder Kiesinger "in Ketten abgeführt" würden? Ob dies der FDP reicht?

Ihr Demokraten, die Ihr Euch christlich nennt: Denkt Ihr nicht an die Geldwechsler, die man aus dem Tempel gejagt hat? Was schert Euch der Wähler? Ihr garantiert der FDP "Sicherheit in den 70er Jahren". Wie wollt Ihr das tun, ohne den Willen der Wähler im Jahre 1973 zu kennen? Wie schätzt Ihr die einzelnen Abgeordneten der FDP eigentlich ein? Wie tief ist Eure Hochachtung vor den Freien Demokraten? Sollen sie zu kaufen sein?

Was gilt eigentlich noch ein Wort der C-Parteien? Vereinbarungen mit den Sozialdemokraten und Länderregierungen offenbar nichts. Was gilt ein christlich-demokratisches Wort?

Das Angebot der C-Parteien erhebt die Korrumpierung zum Prinzip. Wenn dies Erfolg hat, dann wird die Demokratie in diesem Lande einen schwarzen Tag haben. Korruption und Korrumpierung als Prinzip - das kennzeichnet den Abstieg der C-Parteien. Sie sind tiefer gefallen als die FDP. Wir vertrauen darauf, daß die Spekulation mit der Käuflichkeit nicht aufgehen wird.

- + +

Was ist EINE politische Partei?

Den C-Parteien ins Stammbuch

Von Walter Ramm

Durch einen geschickten Trick haben es die beiden Parteien, CDU und CSU verstanden, dann mit zwei Löffeln auf der politischen Bühne zu agieren, wenn es ihr Vorteil gebot. Sie meldeten ihre Ansprüche als geschlossene Fronde, dann hingegen an, wenn es nützlich war, mit einer Schöpfkelle anzutreten. CDU und CSU haben ganz bewußt dieses Opportunitätsprinzip gepflegt und es als eine Art Gewohnheitsrecht zur Staatsdoktrin erhoben. Mittels dieser geschickten Manipulation gelang es den C-Parteien immer wieder Macht und Einfluß über Gebühr zu sichern, die durch die Anwendung klarer rechtlicher Regelungen beschränkt worden wären.

Willy Brandt hat der bisherigen - nicht im Grundgesetz verankerten Gepflogenheit folgend, den Kanzleranspruch für die stärkste Partei, die SPD, erhoben. CDU und CSU verwahren sich aus leichtverständlichen Gründen dagegen, nicht als die stärkste Einheitspartei angesehen zu werden. Es gilt somit zu klären, welche Merkmale den Charakter einer politischen Partei bestimmen.

Das von CDU und CSU mitbeschlossene "Gesetz über die politischen Parteien vom 24. Juli 1967" macht ganz eindeutige Aussagen über rechtliche Stellung, Aufgaben und Organisationsformen von politischen Parteien. Hier können nur gravierende Merkmale dieses Gesetzes aufgezeigt werden - damit sie sich dem Gedächtnis der CDU und CSU-Prominenz besser einprägen.

Im § 1 Abs. (2 III) wird über die "Verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben der Parteien" folgendes ausgesagt:

- \* "Die politischen Parteien legen ihre Ziele in politischen Programmen nieder".

Es dürfte wohl außer Zweifel sein, daß CDU wie CSU über eigene politische Programme verfügen, die auf Parteitag verbindlich beschlossen worden sind.

Der § 2 sagt zu dem "Begriff der Partei" weiter aus:

- \* 1. Parteien sind Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder
- \* für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes
- \* auf die politische Willensbildung Einfluß nehmen und an der
- \* Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag
- \* mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsäch-
- \* lichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit
- \* ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach
- \* ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende
- \* Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten. Mit-
- \* glieder einer Partei können nur natürliche Personen sein.

Im gleichen Paragraphen wird unter 2. und 3. festgelegt, wann eine Partei ihren Charakter als solche verliert, bzw. als solche nicht

angesprochen werden kann. Beide Passagen treffen auf CDU und CSU nicht zu. (Sechs Jahre keine Teilnahme an Wahlen, Mehrheit der Vorstandsmitglieder Ausländer, bzw. Sitz im Ausland).

Die im § 4 festgehaltene juristische Aktiv- und Passivlegitimation stehen, für beide Parteien getrennt, außer Zweifel. Ferner regelt der § 4 die Namensgebung. Es wird gefordert, daß sich der Name einer Partei von einer anderen deutlich unterscheiden muß. (CDU bzw. CSU).

Im "Zweiten Abschnitt - Innere Ordnung" regelt § 6 Abs. 1 bis 3 Satzung und Programm einer politischen Partei. Getrennte Organisationen und getrennte, wenn auch ähnliche Programme, zeichnen die Zweiparteilichkeit von CDU und CSU aus, wie es im "Parteiengesetz" niedergelegt worden ist. Dieser Passus lautet:

- 1. Die Partei muß eine schriftliche Satzung und ein schriftliches Programm haben. Die Gebietsverbände regeln ihre Angelegenheiten durch eigene Satzungen, soweit die Satzung des jeweils nächst-höheren Gebietsverbandes hierüber keine Vorschriften enthält.

Wer die übrigen Paragraphen des "Parteiengesetzes" liest, wird keinen Punkt anführen können, der darauf hinweist, daß CDU und CSU als EINE Partei anzusprechen sind. Ganz im Gegenteil die Duplizität der C-Parteien kann ganz eindeutig am Gesetzestext bestimmt werden.

Daß CDU/CSU im Deutschen Bundestag eine Fraktionsgemeinschaft unter einem Vorsitzenden bilden, ist juristisch nach dem "Parteiengesetz" ohne Bedeutung. Die Fraktionsgemeinschaft kann jederzeit aufgehoben werden, ohne daß die Eigenständigkeit einer der beteiligten Parteien beeinträchtigt würde. Fraktionsgemeinschaften sind Zweckbündnisse, sie heben die Eigenständigkeit einer politischen Partei nicht auf. In diesem Sinne ist die SPD die stärkste, die CDU die zweit- und CSU die drittstärkste Partei. Darüber kann es im Grunde keinen Streit geben.

In einer funktionsfähigen Demokratie dürfen die Gesetze nicht zugunsten einer politischen Richtung manipuliert werden. Gesetze sind bekanntlich dazu da, daß sie auch in politischen Bereichen eingehalten werden. Die politischen Gewichte müssen im Interesse der Klarheit zurechtgerückt werden. Es stellt sich dann die Frage, wer den Bundestagspräsidenten stellt, wie die Ausschüsse besetzt werden usw. Es geht um die politische Machtverteilung schlechthin.

+ + +

SPD hat die meisten jungen Abgeordneten

Von Ernst Eichengrün,  
Bundessekretär der Jungsozialisten

Eine erste Übersicht über die Altersstruktur der neuen Fraktion des 6. Deutschen Bundestages zeigt, daß die SPD mit Abstand die meisten jungen Abgeordneten in den Bundestag entsandt hat. Das ist eine erhebliche Verbesserung ihrer Position gegenüber dem Stand von 1965. Damals lag die SPD noch mit 39 Abgeordneten, die nicht älter waren als 40 Jahre, knapp hinter der CDU/CSU mit 40. Heute ist diese Altersgruppe bei der SPD mit 48 Abgeordneten stärker vertreten, bei der CDU nur mit 44 (ohne Berliner Abgeordnete).

Schon in der Zahl der jungen Direktkandidaten lag diesmal die SPD mit 64 vor der CDU/CSU mit 52 Wahlkreiskandidaten. Doch wer da meinte, die junge Generation sei hauptsächlich mit Zählkandidaturen abgespeist worden, der hatte sich geirrt. 25 Wahlkreise holten sich die jungen Kandidaten der SPD, genausoviele wie diejenigen der CDU/CSU. Auf den Landeslisten kamen dann weitere junge Kandidaten noch stärker zum Zuge als bei der CDU/CSU. Auffällig ist, daß alle jungen SPD-Abgeordneten den Kampf in einem Wahlkreis aufgenommen hatten. Bei der CDU/CSU haben sechs junge Abgeordnete sich auf eine Listenkandidatur beschränkt.

Besonders deutlich wird das Bild bei den Kandidaten, die nicht älter sind als 35 Jahre; also bei der Altersgruppe der Jungsozialisten. 22 der neuen Abgeordneten der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag sind bis zu 35 Jahre alt, bei der entsprechenden Altersgruppe der Jungen Union sind es nur acht. Jeder zehnte SPD-Abgeordnete gehört jetzt zu dieser Altersgruppe; bei der CDU/CSU nur jeder dreißigste. Viele junge Kandidaten der SPD konnten sich auch in "unsicheren" Wahlkreisen durchsetzen. Von den 34 Wahlkreisen, die die SPD der CDU/CSU abnahm, wurden allein zehn von jungen Kandidaten erkämpft.

Die SPD hat jetzt also einen großen Schritt zur Verjüngung ihrer Bundestagsfraktion getan. Das war freilich auch nötig, denn schon 1973 werden sieben geburtenstarke Jahrgänge neu in das politische Leben eintreten.

## An der Spitze der Welt

---

### Wohnungsbau in Schweden

re - Schon vor der Wahl zur Zweiten Kammer, dem Reichstag in Stockholm, hatte die von Tage Erlander geführte sozialdemokratische Regierung Schwedens versichert, den Wohnungsbaumangel schnell zu überwinden. Dabei sollte der Schwerpunkt auf Wohnungen für Kleinstfamilien, für Jungverheiratete und für Kinderreiche liegen. Über den Wohnungsstandard selbst brauchten in Schweden keine Aussagen mehr gemacht zu werden, denn er ist praktisch der höchste der Welt.

Im nächsten Herbst werden in Schweden neue Reichstagswahlen stattfinden. Es wird dann das neu einzuführende Ein-Kammer-Parlament gewählt. Die Wohnungsfrage wird wieder Gegenstand des Wahlkampfes sein. Sie dürfte aber nunmehr unter anderen Vorzeichen stehen. In Schweden wurden in den letzten Jahren und werden noch Wohnungen in einem Maße gebaut, wie nie zuvor in der Geschichte des Königreiches.

Schweden hat heute annähernd acht Millionen Einwohner. Während 1957 erst 37.000 Wohnungen fertiggestellt wurden, waren es ab 1965 bereits 100.000 Wohnungen jährlich und darüber. In diesem Jahr dürfte die Zahl der Neubauten bei 110.000 liegen. Schweden hat bereits zwischen 1945 und 1968 seinen Wohnungsbestand von 2,1 Millionen auf rund 3,4 Millionen erhöht. Dieser enorme Fortschritt wurde erzielt, obgleich in Schweden nicht eine einzige Wohnung zerbombt wurde und schon aus klimatischen Gegebenheiten und mentalitätsbedingt seit der Jahrhundertwende ein hoher Wohnungsstandard vorhanden ist.

Seit 1960 hat die Regierung Tage Erlander dafür gesorgt, daß Schweden in der Anzahl der Neubauwohnungen je 1.000 Einwohner ununterbrochen an der Spitze in der Welt liegt - noch vor der Bundesrepublik, Frankreich, der Schweiz und Holland. Dabei ist aber die Wohnungsausrüstung die beste in der Welt. Von 1960 bis heute wurde erreicht, daß praktisch jede Neubauwohnung das Vollbad mit Dusche, die volle Elektrifizierung und Wasserversorgung besitzt, was in den abseitigen Provinzen Nordschwedens oft ungewöhnlich hohe Investitionen bedeutet.

Allein 36 Prozent der Wohnungen hatten schon im Jahre 1967 mehr als vier Zimmer. Inzwischen nähert sich dieser Prozentsatz der Zahl 50. Man kann davon ausgehen, daß schon heute auf jeden einzelnen Schweden ein Zimmer seiner Wohnung entfällt.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der schwedischen Wochenendhäuser außerhalb dieser Statistik sich der Zahl von 500.000 nähert. Dabei werden in Schweden gemessen am Einkommen die niedrigsten Mieten in der Welt gezahlt, weil die Staatssubventionen und die Sozialleistungen erstaunlich hoch sind.

Das Statistische Reichsamt in Stockholm hat die Verteilung der privaten Ausgaben zuletzt für das Jahr 1967 errechnet. Da entfielen 10,3 Prozent aller Privatausgaben auf Wohnung, Heizung und Beleuchtung. Die Vergleichszahlen für Frankreich auf der Grundlage international vergleichbarer Statistiken machten 11,8, für Großbritannien 16,3, für die Bundesrepublik 16,6 und für die Vereinigten Staaten 18,8 Prozent aus.